

sem Land Anspruch und Wirklichkeit zusehends auseinander. Ein »Nein« zur Europäischen Union würde diese Kluft vertiefen. Und selbst bei einem »Ja« wäre ein zu-

sehends zerrisseneres Großbritannien ein schwieriger Partner in der EU. Die Wahl ist vorbei, das entscheidende Wort zur britischen Zukunft aber steht noch aus.



**Joachim Fritz-Vannahme**

leitet das Europaprogramm der Bertelsmann-Stiftung und war zuvor Europaredakteur der ZEIT.

[joachim.vannahme@bertelsmann.de](mailto:joachim.vannahme@bertelsmann.de)

*Martin Dulig*

## Der Aufstieg von Pegida und die Verzagttheit der Demokraten

Am 7. Juni fand in Sachsens Landeshauptstadt Dresden die Wahl zur Oberbürgermeisterin statt. Die unter dem Akronym »Pegida« (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) bekannt gewordene rechtspopulistische Protestbewegung trat mit einer eigenen Kandidatin an. 21.306 Personen, und damit 9,6 % der Wählerinnen und Wähler, stimmten für die rechte Frontfrau von Pegida.

Damit wurde an der Wahlurne sichtbar, was sich auf Dresdens Straßen schon seit Monaten offenbart. Noch immer laufen Woche für Woche tausende Demonstrierende durch die Stadt. Was andernorts große Gegendemonstrationen auslösen und die Schlagzeilen beherrschen würde, findet im demonstrationsermateten Dresden inzwischen unter dem Radar der Medien statt.

Noch schwerer als die Stimmen für die Pegida-Kandidatin und das Weitermarschieren der radikalen Rest-Bewegung wiegt das Allgemeine im Besonderen. Mögen lokale und regionale Faktoren den Aufstieg Pegidas begünstigt haben, so sind darin doch Muster zu erkennen, die die im ganzen Land verbreitete Parteiskepsis und Demokratieentfremdung gefährlich nach rechts gewendet und radi-

kalisiert haben. Die beste Antwort darauf sind aufmerksames Zuhören und eindeutige Antworten.

Zunächst sollten wir uns klar werden, worum es sich bei Pegida als spezifisches Phänomen überhaupt handelt. Pegida ist in weiten Teilen ein Produkt des besonderen politischen Klimas der Nachwendzeit in Sachsen. Das Spektrum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer reicht von Hooligans und bekannten NPD-Kadern über Menschen mit islamophoben oder fremdenfeindlichen Einstellungen, bis hin zu den Menschen, die mit der zunehmenden Komplexität unserer Gesellschaft überfordert sind. Viele, die bei Pegida mitlaufen oder mitliefen, misstrauen Parteien, demokratischen Verfahren, »der Politik« oder »denen da oben«.

Pegida ist eine Möglichkeit, Frust abzulassen, der oft gar nicht unmittelbar mit Rassismus oder Islamfeindlichkeit zu tun hat. Ich kenne Beispiele dafür: ein Handwerker, der dort mitmarschiert, weil Rechnungen nicht bezahlt werden, einen Zusammenschluss von Hauseigentümern, die ein Gerichtsverfahren verloren haben oder Anwohner eines geplanten Asylbewerberheims, mit denen im Vorfeld angeblich oder tatsächlich nicht gesprochen wurde. Allen

gemeinsam ist, dass sie das Gefühl haben, Teil der schweigenden Mehrheit in Sachsen zu sein, der Pegida eine Plattform bietet, sich Gehör zu verschaffen. Und gerade diese Personen unterstützen die Demokratie als Wert und Verfahren grundsätzlich, fühlen sich aber gegenüber ihrer aktuellen Ausgestaltung, und mancher ihrer Ergebnisse, entfremdet und ohnmächtig. Um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Daher muss auch die vieldiskutierte Frage, ob es sinnvoll ist »mit Pegida zu sprechen« differenziert beantwortet werden. Mit erklärten Feinden der Demokratie oder mit den Organisatoren von Pegida zu sprechen, macht keinen Sinn. Das habe ich so gehandhabt und der Kritik an einer Gesprächsabsage diesen Grundsatz entgegengehalten. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration den Dialog anzubieten, die keine grundsätzlich verfassungsfeindliche Haltung haben, kann hingegen fruchtbar für beide Seiten sein. Für solche Gespräche standen viele SPD-Politikerinnen und Politiker zur Verfügung, darunter auch Parteichef Sigmar Gabriel.

Wenn man sich dafür entscheidet, speziell für Pegida-Demonstranten neue und zusätzliche Dialogformate zu etablieren, wie wir es etwa als Sächsische Staatsregie-

*Kernelemente  
parlamentarischer  
Demokratie nicht  
verhandelbar*

rung getan haben, dann muss eines allerdings auch ganz klar sein: Die Kernelemente der parlamentarischen Demokratie sind nicht verhandelbar. Dazu gehört, dass demokratisch gewählte Mehrheiten entscheiden. Dazu gehört das Asylrecht. Und dazu gehört auch, dass weder der Staat noch Pegida den Menschen in diesem Land vorschreiben wird, welcher Religion sie anzugehören haben, welche Kultur sie leben sollen oder welche Sprache sie sprechen müssen.

Von Anfang an war für mich klar, dass es nicht darum gehen kann, möglichst viel Verständnis für Pegida-Demonstranten zu

zeigen oder rechtspopulistischen Forderungen entgegenzukommen, damit die Demonstrationen aufhören. Das Ziel muss vielmehr darin bestehen, möglichst viele Menschen für die Demokratie und für demokratische Prozesse zu gewinnen.

Warum laufen gerade in Dresden und Sachsen so viele Menschen bei Pegida mit? Ein Grund ist, dass Heimatverbundenheit hier zu häufig mit Wagenburgmentalität verwechselt wird. Dazu kommen eine mangelnde politische Bildung und Bindung, sowie vor allem eine mangelnde Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie als Staatsform. Die demokratische Kultur im Land in den letzten 25 Jahren hat daran ihren Anteil. Die sächsische Politik und die Medien haben in der Vergangenheit wenig dazu beigetragen, Enthusiasmus für eine gelebte und lebendige Demokratie zu wecken. Oft war dies auch nicht gewollt. Zu viele Menschen in Sachsen empfinden die parlamentarische Demokratie seitdem bestenfalls als schmückendes Beiwerk zu Reisefreiheit und Konsummöglichkeiten und schlechtestenfalls als teuer und überflüssig. Viele von denen, die bei Pegida marschieren, sind nicht nur nicht in der parlamentarischen Demokratie angekommen, sondern sie haben sich auch nie auf den Weg gemacht.

In den Jahren nach der Demokratie-euphorie der unmittelbaren Wendezeit waren wir oft zu zaghaft, für das Ziel am Ende dieses Weges zu werben: die parlamentarische Demokratie. Sie bietet zahlreiche Mitwirkungsrechte. Das aktive Wahlrecht ist nur der erste Schritt. Jede und jeder kann Mitglied einer Partei werden oder sogar selbst mit Gleichgesinnten eine eigene Partei gründen. Genügend Unterstützer vorausgesetzt, kann sich auch jeder für einen Sitz im Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europaparlament zur Wahl stellen. Wer so weit nicht gehen will, findet mannigfaltige Möglichkeiten, mit »der Politik« in Kontakt zu treten. Von Veranstaltungen der Parteien, über Bürgersprechstunden von

Abgeordneten bis zum Petitionsrecht gibt es auch unzählige sehr niedrigschwellige Möglichkeiten, über neue Medien mit Politikern in Kontakt zu treten. Sich auf die Straße zu stellen und zu behaupten, man sei das Volk und werde von der Politik nicht gehört, ist also nicht nur unverfroren, sondern auch sachlich falsch.

Grundsätzlich ist es aber natürlich nicht nur möglich, die parlamentarische Demokratie weiterzuentwickeln, sondern angesichts des sozialen Wandels ist es meiner Auffassung nach auch nötig. Viele Parteien und Organisationen – so auch die SPD – fordern seit Jahren, die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu erweitern. Volksentscheide, die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien für die Bürgerbeteiligung, eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung und frühzeitige Beteiligung von Betroffenen sind nur einige Beispiele für neue oder erweiterte Verfahren.

Mindestens ebenso wichtig ist es, das demokratische Engagement – egal in welchem Format – zu fördern. Gerade in Sachsen gibt es bei der Ermutigung, sich zu beteiligen, aber auch bei der Wertschätzung für politisches Engagement auf vielen Ebenen Nachholbedarf. Es gibt einiges, was man aus der Auseinandersetzung mit Pegida – gerade wenn man in ein politisches Amt gewählt worden ist – lernen kann und lernen sollte. Vor allem muss es darum gehen, dass wir mehr Enthusiasmus für die parlamentarische Demokratie aufbringen und uns nach demokratischen Entscheidungen nicht wegduckten.

In den letzten Jahren haben Formen demokratischer Auseinandersetzung immer mehr negative Konnotationen bekommen. Debatten werden als Streit wahrgenommen. Politiker gelten als macht- und geldgierig und Parteien sind sowieso suspekt. Hier wird mangelnde und auch falsch verstandene politische Bildung deutlich. Zu oft wird Wissen über formale Aufgaben demokratischer Institutionen vermittelt,

aber weder werden Empathie und Leidenschaft fürs Mitmachen entfacht, noch werden Kompetenzen wie Konflikt- und Diskussionsfähigkeit entwickelt.

Wir müssen nicht nur in der politischen Bildung fürs Mitmachen werben, anstatt fürs Wegbleiben und auf Andere vertrauen. Die parlamentarische Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von unterschiedlichen politischen Auffassungen, unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und unterschiedlichen Interessen. Die parlamentarische Demokratie ist die Staatsform der pluralistischen Gesellschaft. Sie vermittelt zwischen Gegensätzen. Demokratie ist aber auch auf allen Ebenen eine Gestaltungsaufgabe. Es reicht nicht, das Land nur zu verwalten und für abstrakte Zahlen, für gute PISA-Ergebnisse, für gute Ergebnisse in Standortrankings oder geringe Pro-Kopf-Verschuldung zu arbeiten.

Demokratische Politik heißt gemeinsam im Wettstreit der Ideen und Interessen das Gemeinwesen zu gestalten und dafür um Mehrheiten zu ringen. Darüber hinaus geht es aber auch darum, Weltoffenheit, Solidarität und Mitmenschlichkeit erlebbar und fühlbar zu machen. Gerade wir in Sachsen haben in den letzten 25 Jahren bei der Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der DDR, zur Behebung der Flutschäden oder beim Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden deutschlandweit und international Zuspruch und Solidarität erfahren. Wir haben es bis heute nicht geschafft, eine kollektive Haltung zu entwickeln, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Zu selten ist die Haltung anzutreffen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen etwas mit politischer Verantwortung und mit Solidarität zu tun hat.

Dennoch sollten wir die Bedeutung von Pegida nicht überschätzen. Pegida ist nicht die Mehrheit, sondern die klare Minderheit in unserer Gesellschaft – das habe

*Es reicht nicht  
aus, das Land  
zu verwalten*

ich auch bereits gesagt, als die Bilder in Sachsen und Dresden einen anderen Eindruck vermittelten. Angst darf und muss uns Pegida schon gar nicht machen. Wir müssen uns allerdings klar positionieren und als Demokraten Haltung und Verantwortung zeigen.

In den letzten Monaten haben engagierte Demokratinnen und Demokraten in der Sächsischen Staatsregierung, in der Verwaltung, in Parteien, Organisationen und Initiativen Haltung gezeigt, Kundgebungen gegen Pegida organisiert und besucht, Dialogangebote entwickelt und Position bezogen. Diese Menschen haben keine Angst vor Pegida gezeigt. Wir sind uns aber bewusst, dass viele Flüchtlinge, die zu uns kommen, vor Pegida Angst haben und sich bedroht fühlen. Unsere gemeinsame Verantwortung besteht darin, dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge hier Schutz finden und in Sicherheit leben können. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die sich um sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit bemüht, die versöhnt und nicht spaltet und in der die Angst vor dem und den Fremden der Neugier weicht.

Der Pegida-Winter 2014/15 hat mich in meiner Grundüberzeugung bestätigt. Politik muss aktiv zuhören und zuhörend antworten. Politiker und politische Institutionen, die den Anschein des Nicht-Antworten-Wollens erwecken, beschädigen im Empfinden der Menschen den Kerngehalt der Demokratie als Volksherrschaft. Politik muss auf Wünsche und Signale eingehen, diese Empfänglichkeit durch Verfahrenswege sichern und auch offensiv ausstrahlen. Diese zuhörende Politik habe ich in meiner eigenen Kampagne ins Zentrum gestellt und werde diesen Weg auch weiter verfolgen.

Zuhörende Politik heißt aber nicht Indifferenz. Ein großer Fehler im Umgang mit Pegida bestand darin, dass manch einer den »Dialog« nicht als Form der politischen Auseinandersetzung begriffen hat, sondern als Ersatz dafür. Reden, um nicht streiten zu müssen, das ist keine Lösung. Der verächtlichen Kritik an unserer Gesellschaftsform, wie wir sie bei Pegida beobachten, dürfen wir nicht mit Verzagtheit begegnen.

Wer ein offenes Ohr hat, braucht die klare Sprache nicht zu scheuen.



**Martin Dulig**

ist Vorsitzender der SPD Sachsen und stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Sachsen. Dieser Text ist die gekürzte und aktualisierte Fassung eines am 22. Januar 2015 veröffentlichten Positionspapiers.

*[martin@dulig.de](mailto:martin@dulig.de)*

*Siegmar Mosdorf*

## »Das Gespräch ist die Seele der Demokratie«

**Zum zehnten Todestag von Peter Glotz**

»Das Gespräch ist die Seele der Demokratie« – dieser Satz stammt von Peter Glotz, der – viel zu früh – vor zehn Jahren gestorben ist und der Zeit seines Lebens nicht müde wurde, immer wieder das Gespräch zu suchen. Er wurde deshalb als »Vorden-

ker der Sozialdemokratie« bezeichnet, obwohl seine Themen und Positionen manchmal auf wenig Gegenliebe stießen und kontrovers diskutiert wurden. Doch er stieß vor, unermüdlich, in die Seele der Demokratie.